

Die Bedeutung der Friedensfunktion der Vereinten Nationen

RICHARD FREIHERR VON WEIZSÄCKER

Drei Jahre nach seiner ersten offiziellen Visite (siehe VN 4/1983 S.105ff. und S.120f.) besuchte UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar erneut die Bundesrepublik Deutschland. Während seines Aufenthalts, der vom 9. bis zum 11. Juli 1986 dauerte, traf der Generalsekretär mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zusammen; die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen gab für ihn am 9. Juli in Bonn einen Presseempfang. Am 10. Juli hielt sich Pérez de Cuéllar in Osnabrück auf, wo ihm der Fachbereich Rechtswissenschaften der dortigen Universität die Ehrendoktorwürde verlieh; seine aus diesem Anlaß gehaltene Ansprache geben wir auf S.122ff. dieser Ausgabe wieder. Zunächst jedoch die Rede des Bundespräsidenten, die dieser bei einem Mittagessen für den Generalsekretär am 11. Juli in der Villa Hammerschmidt hielt:

Es ist für mich eine besonders große Freude, Sie, Herr Generalsekretär, sowie Ihre Begleitung auf das herzlichste willkommen zu heißen. Ihr Besuch fällt in eine Zeit schwieriger internationaler Beziehungen. Der Frieden zwischen den Völkern scheint heute auf vielfältige Weise bedroht, durch Krieg, Konflikte, Spannungen in vielen Regionen der Welt, durch eine immer größere Anhäufung von Waffen, Bevölkerungsexplosion, Hunger, Gefährdung der natürlichen Umwelt. Die Vereinten Nationen wollten diese Situation besonders nachdrücklich im Bewußtsein der Völker wachrufen, als sie das Jahr 1986 zum Internationalen Jahr des Friedens proklamierten.

Sie, Herr Generalsekretär, nach Osnabrück einzuladen, zusammen mit Münster die Stadt des Westfälischen Friedens von 1648, war nicht zuletzt auch symbolischer Ausdruck dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland Ihre persönlichen Anstrengungen, den Weltfrieden zu sichern, nachdrücklich unterstützt. Der Westfälische Friede wie auch — drei Jahrhunderte später — die Gründung der Vereinten Nationen stellen historische Einschnitte von weitreichender Bedeutung dar. Der Westfälische Friede setzte — noch als Friedensvertrag klassischer Prägung — an die Stelle der einstigen Kirchen- und Glaubenseinheit eine Gemeinschaft souveräner Staaten. Mit der Anerkennung der Gleichberechtigung der Staaten und einem Mindestmaß gegenseitiger Garantien war eine wichtige Stufe der Völkerrechtsentwicklung erreicht. Manche bezeichnen die »pax osnabrugensis« als ersten Versuch eines Systems der kollektiven Sicherheit.

Bereits 1781 entwickelte einer der großen deutschen Philosophen, Immanuel Kant aus Königsberg, die Bedingungen einer dauerhaften Weltfriedensordnung. Sein Weltbild gründet sich auf der wechselseitigen Bedingtheit von innerem Frieden der Staaten und ihrer auswärtigen Politik. Seine Erkenntnis, »daß die Vernunft ... den Krieg als Rechtsgang schlechterdings verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht, welcher doch ohne einen Vertrag der Völker unter sich nicht gestiftet oder gesichert werden kann«,

ist vielleicht erst heute voll verständlich geworden.

Aber es sollte fast zwei weitere Jahrhunderte dauern, bis das Ideengut Kants und anderer Vordenker in politische Konzeption umgesetzt wurde. Erst mit der Gründung der Vereinten Nationen kam es zu einer neuen Dimension internationaler Beziehungen.

Die Grundpfeiler der Verfassung dieser ersten echten Weltorganisation, zu der sie im Zuge der Entkolonisierung wurde, sind das zwingende Verbot jeglicher Androhung oder Anwendung von Gewalt sowie die Pflicht der Staaten zur friedlichen Streitbeilegung und zur partnerschaftlichen internationalen Zusammenarbeit.

Diese Ziele setzten voraus, daß man den Begriff des Friedens mit neuem Inhalt erfüllte. Mit dem klassischen Verständnis des Friedens im Sinne der Abwesenheit von Krieg wurde nunmehr

die — so scheint es — fast utopische Friedensvorstellung eines globalen, dynamischen Prozesses verbunden, dessen Ziele soziale Gerechtigkeit, Wahrung der Menschenrechte und gutnachbarliches Zusammenleben aller Völker sind.

Die Charta der Vereinten Nationen ist der vorläufige Höhepunkt eines jahrhundertelangen Ringens der Menschen und Regierungen um ein System der zwischenstaatlichen Beziehungen, das die Voraussetzung für Frieden und Gerechtigkeit für alle Völker schafft. Diese Konzeption der Charta wird heute, vierzig Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen, von allen Staaten anerkannt. Ihre präzedenzlose Entwicklung zu echter Universalität, von 50 zu heute 159 Mitgliedstaaten, beweist es in eindrucksvoller Weise. Diese Errungenschaft dürfen wir nicht leichtfertig preisgeben. Wir dürfen uns durch ihre Unzulänglichkeiten und ihre augenfälligen Schwierigkeiten daran nicht hindern lassen. Kleinmut und Resignation sind schlechte Ratgeber.

Es gibt keine Alternative zur Erkenntnis, daß wir — allen Konflikten zum Trotz — in einem Boot sitzen. Bereits auf regionaler Ebene ist eine enge Zusammenarbeit zur Regelung gemeinsamer Fragen unerläßlich.

In Europa haben wir in dieser Richtung Fortschritte erzielen können. Die Europäische Gemeinschaft ist ein Beispiel konstruktiver Überwindung jahrhundertelanger Rivalitäten. Daß dies auch über die Grenzen politischer und gesellschaftlicher Systeme hinweg möglich ist, beweist der KSZE-Prozeß. In ihm drückt sich die Überzeugung aus, gemeinsam für den Frieden in Europa verantwortlich zu sein.

Auf einem solchen Unterbau regionaler Kooperationsformen, auf die Zusammenarbeit zwischen den Weltregionen, sollte das System globaler Kooperation, sollten die Vereinten Nationen sinnvoll aufbauen. Diese Zusammenarbeit ist angesichts der Not in der Welt wichtiger denn je. Frieden — das bedeutet Solidarität und Mitverantwortung dafür, daß es gelingt, die Not großer Teile der Menschheit zu lindern. Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik — das kann heute nur die gemeinsame Anstrengung sein, die Kluft zwischen arm und reich abzubauen.

Wir alle kennen die Schwierigkeiten, denen sich die Vereinten

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Rémy Gorgé, geb. 1923, Schweizer Jurist, stand von 1948–1983 im Dienste der Vereinten Nationen. 1965–1971 und 1974–1983 war er Politischer und Rechtsberater der UN-Friedenssicherungsgruppe auf Zypern (UNFICYP).

Dr. Charlotte Ku, geb. 1950, ist seit 1984 Assistenzprofessorin am Woodrow-Wilson-Institut für Regierungslehre und auswärtige Politik der Universität von Virginia in Charlottesville.

Javier Pérez de Cuéllar, geb. 1920, Diplomat und Völkerrechtler aus Peru, ist seit Januar 1982 Generalsekretär der Vereinten Nationen. Zuvor u. a. mehr als zwei Jahre Untergeneralsekretär für besondere politische Fragen.

Pierre Simonitsch, geb. 1937, ist Genfer UN-Korrespondent und Reporter der »Frankfurter Rundschau«.

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, geb. 1920, ist seit Juli 1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Zuvor Regierender Bürgermeister von Berlin; 1979–1981 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Nationen mit dieser neuen Herausforderung konfrontiert sehen. Ihre Charta beruht zu Recht auf dem Prinzip: ein Land, eine Stimme. Aber der Mitbestimmung entspricht die Mitverantwortung. Wille zum Konsens, Bereitschaft zum Kompromiß sind keine Schwächen, sondern Tugenden, auf die unsere demokratischen Staaten genauso angewiesen sind wie die Vereinten Nationen. Einige der Sonderorganisationen geben hier gute Beispiele.

Je stärker sie sich auf ihre konkreten Aufgaben konzentrieren und sich nicht in allgemeiner Politik verlieren, um so leichter ergeben sich für alle annehmbare Lösungen. Gerade wir, die mittleren und kleineren Staaten, haben ein vitales Interesse daran, das System der Vereinten Nationen zu stärken, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Menschen, für die dieses System auch eine Hoffnung auf eine sonst nicht zu verwirklichende Freiheit ist.

Die Vereinten Nationen sind das geeignete und das einzige

Forum, das alle Staaten nutzen können und müssen. Darin liegt ihre eigentliche Friedensfunktion.

Herr Generalsekretär, Ihr engagiertes, überzeugtes und überzeugendes Eintreten für die Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen hat weltweit hohen Respekt und Anerkennung gefunden. Wie sehr dies bei uns gewürdigt wird, zeigt die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Osnabrück am gestrigen Tag. Sie gilt dem Staatsmann, der seine große Erfahrung, nüchternen Realitätssinn und bewundernswerte Beharrlichkeit für die Lösung internationaler Konflikte einbringt. Wir haben den höchsten Respekt vor Ihrer Persönlichkeit.

Ihr Anliegen, die Weltorganisation zu einem wirksamen Werkzeug der internationalen Zusammenarbeit zu machen, findet unsere uneingeschränkte Unterstützung. Ich freue mich deshalb, Sie gerade im Internationalen Jahr des Friedens bei uns zu Gast zu wissen.

Von der Verantwortung der Wissenschaftler für die Festigung des Friedens

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen vor der Universität Osnabrück

JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR

Es ist eine Ehre, die Doktorwürde dieser Universität verliehen zu bekommen. Für mich bedeutet dies den Ausdruck Ihrer Wertschätzung für die Arbeit der Vereinten Nationen und Ihrer Unterstützung für die Bemühungen der Vereinten Nationen um Frieden, Fortschritt und Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen. Solche Unterstützung bereitet zu dieser kritischen Zeit in der Weltpolitik und in diesem Internationalen Jahr des Friedens große Genugtuung.

Eine Reihe von historischen Umständen geben dieser Feier ein besonderes Gepräge. Erstens befinde ich mich in einer Stadt, die in der europäischen Geschichte einen stolzen Platz einnimmt, waren es doch Osnabrück und das nahegelegene Münster, in denen am 24. Oktober 1648 der Westfälische Frieden unterzeichnet wurde, der jenem verheerenden Konflikt — dem Dreißigjährigen Krieg — ein Ende setzte. Das Streben nach Frieden hat die Geschichte dieser Stadt geprägt. Heute, fast dreieinhalb Jahrhunderte später, stellen wir fest, daß dieses zukunftsgerichtete Streben unvermindert anhält, allerdings auf sehr viel breiterer Ebene.

Zweitens befinde ich mich auf deutschem Boden, und die deutsche Erfahrung dieses Jahrhunderts beschäftigt mich ganz besonders. Dieses Land hat die Schrecken des Krieges und die Verheerungen erlebt, die die kriegstreiberische Ideologie mit sich bringt. Die Tatsache, daß das deutsche Volk dieser Ideologie eine Absage erteilt hat, und die Art und Weise, in der die Menschen dieses Landes die Möglichkeiten des Friedens zum Wiederaufbau und zur materiellen und geistigen Bereicherung ihrer Gesellschaft genutzt haben, stellen ein wahrhaft heroisches Kapitel in der Geschichte der Neuzeit dar. Ich möchte hier dem deutschen Genius Tribut zollen, der auf den Gebieten der Wissenschaft, der Philosophie, der Literatur, der Musik und anderen Künste so großartige Beiträge zum geistigen Erbe Europas geleistet hat, und meiner tiefen Bewunderung für den Fleiß des deutschen Volkes und sein Eintreten für den Frieden Ausdruck verleihen. Angesichts aller dieser Umstände bin ich sicher, daß die Hochschulen in diesem Land stärkstens daran interessiert sind, gebührenden Anteil an der vieldimensionalen Aufgabe der Festigung des Friedens in Europa und in der Welt zu haben.

Studenten und Wissenschaftler bestimmen natürlich nicht die

Politik von Regierungen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sie deswegen die Entwicklung der internationalen Angelegenheiten als hilflose Zuschauer und als passive Zeugen verfolgen müssen. Ganz im Gegenteil bin ich davon überzeugt, daß an Universitäten wie dieser der Grundstein für den Wandel in der geistigen Haltung gelegt werden kann, durch den die Politik der Staaten weltweit eine neue Ausrichtung erhält. Wenn die Regierungen zum Verlassen eines engen nationalistischen politischen Kurses veranlaßt und zu größerer Kooperationsbereitschaft bei der Verfolgung der gemeinsamen Ziele der gesamten Menschheit ermutigt werden sollen, dann ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Man darf nicht übersehen, daß auch die Ideen und Grundsätze, die in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind, nicht den Köpfen von Staatsmännern entstammen, sondern im Werk von Philosophen wie Immanuel Kant und Hugo Grotius wurzeln. Was heute visionär ist, kann morgen schon praktische Politik sein.

Denker und Gelehrte haben nicht nur das Vorrecht, sondern auch die Pflicht, die herrschende Auffassung nicht stillschweigend hinzunehmen, wenn diese auf irrigen Vorstellungen oder falschen Prämissen beruht oder offenbar schädliche Auswirkungen nach sich zieht. Es gibt keinen Bereich, in dem dieses Vorrecht und diese Pflicht nutzbringender wahrgenommen werden könnten als im Bereich der Abrüstung. Menschen, die der Stimme ihres Gewissens folgen, können die Tatsache, daß die Welt trotz jahrzehntelanger weltweiter Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle der Abschaffung des Krieges und der Umkehrung des Wettrüstens um keinen Schritt nähergekommen ist, nicht einfach resigniert hinnehmen.

Wenn selbst Denker und Gelehrte dazu neigen, Abrüstung als unerreichbares Ziel abzutun, so weist dies auf ein zweifaches Versagen hin. Das erste besteht im Verhaftetsein in einer merkwürdigen Form von Fatalismus, der sich des Denkens der Menschen anscheinend bemächtigt hat, einer Form von Fatalismus, die lähmender ist als der Glaube an die Prädestination, der große Zivilisationen in der Geschichte zum Untergang verurteilt hat. Wir sollten uns doch völlig darüber im klaren sein, daß es im menschlichen Dasein nichts gibt, was das Wettrüsten und die Militarisierung der Gesellschaften zum unentrinnbaren Schicksal der Menschheit macht. Das stillschweigende Hinneh-